

Präsidentenwahl

In die Suppe spucken

SPD-Vordenker Peter Glotz über die Direktwahl des Bundespräsidenten

SPIEGEL: Sie fordern, alle wahlberechtigten Bürger sollten – wie einst in der Weimarer Republik – den Präsidenten direkt wählen. Warum?

Glotz: Die Parteien müssen Macht abgeben, die liegt heute zumeist bei Koalitionsausschüssen. Und das Volk muß die Möglichkeit haben, den Parteien gelegentlich in die Suppe zu spucken.

SPIEGEL: Kann das nicht dazu führen, daß einer wie Paul von Hindenburg gewählt

wird, der vor 60 Jahren Adolf Hitler zur Macht verhalf?

Glotz: Ich will dem direkt gewählten Bundespräsidenten zwar mehr Rechte geben, aber nicht das Notverordnungsrecht der Weimarer Republik. Im übrigen ist unsere

Gesellschaft demokratischer als zu Weimarer Zeiten. Wir würden eher den Bürgerrechtler Jens Reich wählen als den alten Haudegen Hindenburg.

SPIEGEL: Welche zusätzlichen Aufgaben sollte der Präsident übernehmen?

Glotz: Er sollte in Regierungskrisen den Bundestag auflösen dürfen; er könnte die



Glotz

Verfassungsrichter auswählen und das Recht erhalten, jeden Gegenstand im Bundesrat und Bundestag behandeln zu lassen sowie Enquete-Kommissionen einzusetzen.

SPIEGEL: Kennen Sie einen sozialdemokratischen Politiker, der bei einer solchen Wahl die Mehrheit der Deutschen hinter sich bringen könnte?

Glotz: Johannes Rau.

Bürger wollen mitbestimmen

Neuerdings wird diskutiert, ob der Bundespräsident direkt von den Bürgern gewählt werden soll. Sind sie eher dafür oder eher dagegen?

	CDU/CSU- WÄHLER	SPD- WÄHLER	FDP- WÄHLER	GRÜNEN- WÄHLER
eher dafür	74	82	67	78
eher dagegen	20	14	24	18

Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent; keine Angabe
Ernid-Umfrage für den SPIEGEL, 1500 Befragte, 5. bis 7. Juli 1993

Affären

250 000 Mark kassiert?

Im Wahlkampf um den Posten des Münchner Oberbürgermeisters ist die CSU (Kandidat: Bayerns Umweltminister Peter Gauweiler) durch eine Affäre belastet: Ihrem Ehrenvorsitzenden, dem Münchner Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneten und Ex-OB Erich Kiesl, 63, droht ein Ermittlungsverfahren wegen Falschaussage und Steuerhinterziehung. Hintergrund ist ein beim Landgericht München I laufender Prozeß gegen einen Firmpartner Kiesls; der Ex-Kanzleikollege soll gemeinsam mit zwei weiteren Angeklagten die Berliner Treuhandanstalt bei einem versuchten Firmenkauf um 29 Millionen Mark betrogen haben. Geständnisse der Angeklagten rücken Kiesls Zeugenaussagen ins Zwielicht: Der

Christsoziale hatte energisch bestritten, bei einem millionenschweren Grundstücksgeschäft 250 000 Mark Provision schwarz kassiert zu haben.

Wahlkosten

Stolzer Haufen

Basisdemokratie kommt die SPD teuer zu stehen: Für die Direktwahl ihres neuen Parteivorsitzenden, Rudolf Scharping, zahlten die rund 11 000 Ortsvereine, 25 Bezirke oder Landesverbände und der Parteivorstand nach Berechnungen des SPD-Mitgliedermagazins *Vorwärts* insgesamt „den stolzen Haufen von 4,2 Millionen Mark“ – unter anderem für Veranstaltungen, Porto, Druckkosten und einen Sonderparteitag. Das sei, so *Vorwärts* in Anspielung auf den Scharping-Vorgänger Björn Engholm, „eine Menge Holz für einen einzigen Rücktritt“.

Flugsicherung

Arbeitskampf per Krankmeldung

Erst sechs Monate nach ihrer Gründung unterbreitet die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS), Nachfolgerin der Bundesanstalt für Flugsicherung, den immer noch beamteten Fluglotsen jetzt ein erstes privatwirtschaftliches

Gehaltsangebot. Die Gewerkschaft ÖTV hatte die Verhandlungen verzögert, weil sie sich nicht mehr an „ehrenwörtliche Zusagen“ über Notdienste im Streikfall halten wollte; zudem reichte den Gewerkschaftern das neue Durchschnittsgehalt der Controller von 135 000 Mark im Jahr nicht aus. Die DFS hält Eile für geboten: Bereits im Juni haben unzufriedene Lotsen in Frankfurt mit gezielten Krankmeldungen („sick-out“) den Flugverkehr bestreikt – 68 Flüge fielen aus, Dutzende wurden umgeleitet.

Taxen

Im Stau vergammeln

Als „begrüßenswerte Initiative“ wertet der Dachverband des Taxi- und Mietwagengewerbes BZP einen Vorstoß der SPD-Bundestagsabgeordneten Margrit Wetzel, Taxen in Städten Vorrechte wie dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einzuräumen. Es sei längst überfällig, sagt BZP-Geschäftsführer Thomas Grätz, die laut Bundesverfassungsgericht zum ÖPNV zählenden Taxen mit ihren Gästen „nicht länger im Stau stehen und da vergammeln zu lassen“; sie müßten, wie etwa in Berlin und teilweise in Hamburg, auf besonderen Busspuren fahren dürfen. „Um Vorrangregelungen auch für Taxen durchzusetzen“, fordert Wetzel jetzt die Änderung der „einschlägigen Gesetze und Verordnungen“.



Fluglotsen in Frankfurt